



Biertieführiger Abonnementpreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb inkl. Porto 2 Thlr. 11 1/4 Gr. Infanteriegebiß für den Raum einer fünfteljährigen Zeile in Postkarte 1 1/4 Gr.

Nr. 258. Mittag-Ausgabe.

Vierundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Redaktion: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Sonnabend, den 6. Juni 1863.

## Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

**Triest.** 4. Juni. Die „Triester Zeitung“ enthält ein Schreiben Leipzigs vom 25. Mai, an Gerardin, Ober-Agenten der Suez-Gesellschaft in Alexandrien, in welchem es unter Anderem heißt: die edle und loyale Haltung des Sultans bei seiner Anwesenheit in Aegypten habe den Grundzügen in der bekannten Note der Pforte, in welcher der Versuch gemacht worden, den Fortschritt des Suez-Kanalbaues aufzuhalten, das feierliche Dementi gegeben. Der Prinz Napoleon habe bei seinem Ausfluge nach dem Isthmus die feste Überzeugung geäußert, der Suez-Kanal werde bald eine vollendete Thatsache sein.

Aus Konstantinopel wird vom 30. Mai gemeldet, daß die Pforte eine Circularnote an ihre Gesandten in der polnischen Angelegenheit erlassen habe, worin gleichzeitig die Bestrebungen Russlands zur Unterjochung der Tschekken und die Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Türkei bedauernd erwähnt werden. In Konstantinopel waren tscherkessische Emigranten abermals angekommen. Die Tschekken wollten eine Deputation an die Pforte senden, um eine Vermittlung bei Russland zu erwirken.

Aus Athen vom 30. Mai wird berichtet, daß die National-Versammlung beschlossen habe, dem zukünftigen Könige von den an die Schutzmächte zu zahlenden Zinsen 12,000 Pf. als Leibrente auszusezen, falls die Schutzmächte hierzu ihre Einwilligung geben.

**London.** 4. Juni. Die mit der Ueberlandspost aus Shanghai eingetroffene Nachrichten vom 22. April lauten günstig. Die Städte Koochang und Taelsom haben sich den kaiserlichen Truppen ergeben. Die Besatzung letzterer Stadt hatte sich für die Kaiserlichen erklärt. Die Belagerung von Chiansu ist aufgehoben worden.

**Krakau.** 4. Juni. Die für die Insurrektion nachteiligen Berichte aus Polen und Podolen, welche von Lemberg aus verbreitet wurden, sind falsch und stammen von einer russischen Agentur. In Polen fanden für die Polen glückliche Geschehe statt, bei Verdycz und Rawacyce unter Sychowal, am 30. v. M. bei Konin unter Obrorski. Am 28. haben Gachowski und Kononowicz bei Sandomierz und Bialobrzegi eine Escadron Dragone und vier Compagnien Infanterie umzingelt, geschlagen und beinahe völlig vernichtet.

## Preußen.

**Berlin.** 5. Juni. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allernächst geruht: Dem Ober-Tribunals-Rath Ernst Ferdinand Hoepner zu Berlin den Stern zum rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub, dem bisherigen Oberbürgermeister, Geheimen Regierungs-Rath Stupp zu Köln den rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub, dem bisherigen Landrat des Kreises Prenzlau, Geheimen Regierungs-Rath und Major a. D. von Stulpnagel-Dargis, den königl. Kronen-Orden zweiter Klasse, dem ordentlichen Professor Dr. Weil zu Heidelberg den königl. Kronen-Orden vierter Klasse, und dem Magistratsdienner und Kastellan Grabow zu Luckau das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; den Geheimen Revisions-Rath bei dem Revisions-Collegium für Landeskultur-Sachen, Dr. juris Mollard, zum Ober-Tribunals-Rath; so wie den Appellationsgerichts-Rath Küttner zu Posen in gleicher Eigenschaft an das Appellationsgericht in Frankfurt zu versetzen, so wie die Kreisgerichts-Räthe Röckstroh in Nordhausen und Neumann in Brandenburg, zu Appellationsgerichts-Räthen, ersten in Frankfurt und letzteren in Naumburg; desgleichen den Regierungs- und Forstrath von Wurm zu Danzig zum Oberforstmeister zu ernennen; und dem Regierungs-Sekretär Hefsel zum Oberforstmeister zu Potsdam, den Charakter als Kanzlei-Rath zu verleihen. Der königl. Bau-Inspector Dallmer zu Uerzig bei Wittlich ist in gleicher Eigenschaft nach Gumbinnen versetzt worden.

Der bisherige Kreisrichter Schlosser in Siegen ist vom 1. Juli d. J. ab zum Rechtsanwalt bei dem Appellationsgericht in Arnsberg und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts dafelbst mit Anweisung seines Wohnsitzes in Münster und mit der Verpflichtung ernannt worden, statt seines bisherigen Titels „Kreisgerichts-Rath“ den Titel „Justiz-Rath“ zu führen.

Der bisherige Kreisrichter Schlosser in Siegen ist vom 1. Juli d. J. ab zum Rechtsanwalt bei dem Appellationsgericht in Arnsberg und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts dafelbst mit Anweisung seines Wohnsitzes in Münster und mit der Verpflichtung ernannt worden.

Der Dr. phil. Heinrich Barth hierselbst ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der hiesigen königl. Universität ernannt worden.

Der bisherige Privatdozent Dr. Karl Förster in Breslau ist zum außerordentlichen Professor in der medizinischen Fakultät der königl. Universität dafelbst ernannt worden. (St.-A.)

[Bekanntmachung.] Die am 1. Juli d. J. fälligen Zinsen der Staats-schuldsscheine, der Staatsanleihen von 1856 und 1859 und der Neumärkischen Schuldberechtigungen können in Berlin schon vom 15. d. Mts. ab in den Wochentagen, mit Auschluß der drei letzten Tage jedes Monats, bei der Staatschulden-Zulassungsstelle, Oranienstraße 94 unten links, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, gegen Ableistung der betreffenden Coupons in Empfang genommen werden. Die Coupons müssen nach den einzelnen Schuldberechtigungen geordnet, und es muß ihnen ein, die Stückzahl und den Betrag der verschiedenen Appoints enthaltendes, aufsummiertes und unterschriebenes Verzeichniß beigelegt sein. Berlin, den 1. Juni 1863. Haupt-Verwaltung der Staatschulden. v. Wedell. Gamet. Meinecke.

**Babelsberg.** 4. Juni. [Se. Maj. der königl.] nahmen heut den Vortrag des Marine-Cabinets entgegen, und empfingen den Oberst- und Flügel-Adjutanten von Löben. Zum Diner haben die Commandeure des Garde-Husaren-, des 1. und 3. Garde-Ulanen-Regiments und die Präsidenten der hiesigen Regierung Einladungen erhalten. (St.-A.)

**Pl. Berlin.** 5. Juni. [Verwarnung.] — Reg.-Assessor v. Pannewitz. Die „Volks-Zeitung“ hat, und zwar wegen Anreizung von Hass und Verachtung gegen die Behörde, wegen Entstellung und gehässiger Darstellung von Thatsachen und Anreizung zum Ungehorsam gegen Anordnungen der Obrigkeit durch die Erklärung (der Berliner Redaktionen) und in Anbetracht der Gesamthaltung des Blattes in der jüngsten Zeit — eine Verwarnung erhalten. Auch der „National-Zeitung“ soll eine solche Verwarnung zugegangen sein, doch weiß ich hierüber nichts Bestimmtes. — Der Leichnam des verschwundenen Regierungs-Assessors v. Pannewitz soll bei Prag gefunden worden sein. Nähere Angaben fehlen.

\* [Zu der veröffentlichten Erklärung der Redaktionen der Berliner liberalen Zeitungen] bemerkte die „Kreuzzeitung“: „Haben diese Redaktionen nicht bedacht, daß ihre Collectiv-Erklärung für die Staats-Regierung gewiß nur ein Grund mehr sein wird, auf dem betretenen Wege kräftig vorwärts zu gehen? Wenn es in der Presse so weit gekommen ist, daß sie der Staatsregierung in solcher

Weise und in solchem Tone gegenüber zu treten wagt, so wird der Regierung ja gerade die Überzeugung aufgedrückt, daß nur die schärfste und rücksichtloseste Anwendung der durch die Verordnung in ihre Hand gelegten Macht dazu führe, daß die richtige Stellung wieder gewonnen werde! Wollten das jene Redaktionen?“

\* [Aus der Sitzung der Stadtverordneten,] in welcher die Deputation an Se. Majestät den König beschlossen wurde, theilt die „Kreuztg.“ nach der „Nationalzg.“ folgendes mit:

**Vorlesender Kochmann:** Es könnte angezeigt werden, ob der vorliegende Antrag eine Gemeinde-Angelegenheit betrifft und ob wir ein Recht haben, darüber in Beratung zu treten. Die Entscheidung dafür geben die § 35 der Städte-Ordnung und § 21 der Geschäfts-Ordnung (beide Paragraphen werden verlesen). Ich erkenne hieran den Antrag als eine Gemeinde-Angelegenheit und fühle mich nicht befugt, die Beschlußnahme darüber entgegen zu treten. Wir würden dem Geiste der Städte-Ordnung nicht entsprechen, wollten wir diese nach dem Todten Buchstaben und so auslegen, daß nur die materiellen Interessen der Einwohner, nicht aber zugleich die höheren geistigen und sittlichen als Gemeinde-Angelegenheit zu betrachten wären. Es biegt unsere Stellung und unsere ganze Zeit geradezu verlegen, wollten wir eine solche ungerige Deutung zulassen. Wer von Ihnen, m. H. fühlt nicht mit tiefem Schmerz, welch großes Unglück durch die Maßregeln der Regierung über Volk und Land gekommen ist? Die Bahnen des Gesetzes sind verlassen, das Rechtsbewußtsein ist erschüttert, der Friede im Innern des Landes zerstört, Wohlstand und Creditverhältnisse sind bedroht, die Bestrebungen des Volkes sind verkannt und das Vaterland hat eine große Demütigung erlitten. Wollen Sie das ruhig hinnehmen, ohne Ihre mahnende Stimme zu erheben? Meine Herren, außer dem geschriebenen Gesetz, welches die Grundlage unseres Gemeindelebens bildet, gibt es noch ein höheres, sittliches, das wir in tiefer Brust bewahren — das Gewissen. Aus dem Drange des Gewissens lassen Sie uns, die Vertreter der Hauptstadt, Sr. Maj. dem König in Erfurth, aber ohne Menschenfurcht, nach innigster Überzeugung die volle Wahrheit sagen. Wir sind zu diesem Schrift verpflichtet, weil wir Sr. Majestät dem Könige Treue gelobt haben, und weil wir ihm und dem Königshause die Liebe und Treue des ganzen Volkes erhalten wollen.

**Stadtv. v. Melbom:** Ich kann nicht mehr zur Sache sprechen zu dürfen, und empfehl ich die möglichst einstimmige Annahme des Antrages.

**Stadtv. Dr. Reimer:** Ich erkläre sich materialmäig damit einverstanden, aber nicht mit der Ausdehnung des § 35. Wenn von einer Seite über Gesetz und Recht hinweggegangen, so ziehe es einer großen Corporation, streng daran festzuhalten; dann sei sie stark, sonst schwach. — **Stadtv. Dr. Birchow:** Ich legt die Berechtigung der Versammlung dar und bezieht sich namentlich auf die Creditverhältnisse. — **Stadtv. Schäffer:** Wenn man den § 35, wie geschehen, ansiegt, so können die Versammlung Alles vor ihr Forum ziehen, auch das Militärgefehls, welches sie noch tiefer berührt. Außerdem sei auch die Sache ganz unruhig und gewiß erfolglos. — **Stadtv. Dr. Pflug:** Spricht sich für den Antrag energisch aus; auch Stadtverordneter Reimer erklärte, mit seinem Freunde Weit nicht übereinstimmen zu können. Was sei mehr Gemeindefache, als was die ganze Stadt wie ein Alte drücke. Es sei eine Gemeinde-Angelegenheit, weil durch die Preßverordnung vom 1. Juni eine zahlreiche Klasse von Einwohnern in ihrem Eigenthum bedroht sei. — **Stadtv. Dr. Gneist:** Keine Städteordnung könne Vorschriften geben für einen Fall wie den jetztigen, wo die Regierung vorgeht ohne und gegen die Verfassung. Es sei die Tradition dieser Stadt, daß die Commune bei jedem freudigen und traurigen Ereignis unseres Königshauses sich dem Throne nähre. So sei es auch jetzt Pflicht, dies zu thun; wir haben nur die Pflicht, die Wahrheit zu sagen, ob wir gnädig oder ungünstig aufgenommen werden. Von wem soll der König die Wahrheit sonst hören? Hofsleute, sagen Sie? sie dürfen und wollen nicht; Militärbeamte würden gegen den Gehorsam handeln; Civilbeamte können es nicht, denn sie sind im Ministerium repräsentirt. Eine Gefahr des Politikens ist nicht da, darüber sind wir hinaus; jetzt aber ist die Verfassung im Zusammenhang.

Hieran wird der Antrag mit 66 gegen 14 Stimmen angenommen, und die Herren Kochmann, Elster, v. Melbom, Lüttig, Halske, Reimer werden zu Mitgliedern der Deputation erwählt.

Hierzu bemerkte die „Kreuztg.“, daß die Theorie, durch die Herr Kochmann hier das Recht der Stadtverordneten auf Beratung dieses Antrages begründet, wohl einzig in ihrer Art bleiben wird für alle Zeiten.“

Ferner berichtet die „Kreuztg.“ nach der „Nationalzg.“ über eine Versammlung von Wahlmännern des ersten Berliner Wahlbezirks, die gestern Abend in Arnims Hotel abgehalten ward, folgendermaßen:

Es wurde ohne Diskussion die nachfolgende Resolution fast einstimmig (gegen drei dissentirende Stimmen) angenommen: „Die heute versammelten Wahlmänner und Urwähler des ersten Berliner Wahlbezirks, einverstanden mit den bisher von dem Abgeordnetenhaus vertretenen, und zuletzt in der Adresse ausgesprochenen Grundsätzen, erklären es für Pflicht jedes verfassungstreuen Preußen, der vom Präsidenten des Abgeordnetenhauses gegebenen Erwartung, das gegenüber verfassungswidrigen Octroyirungen an Rechte festgehalten werde, unverzüglich zu entsprechen.“ — Sodann sah die Versammlung, gleichfalls ohne Diskussion, den einstimmigen Beschluß, daß der Berliner Stadtverordnetenversammlung für den in ihrer heutigen Sitzung angenommenen Antrag der Dank der versammelten Wahlmänner und Urwähler ausgesprochen werde. — Endlich ward noch mit Beziehung auf die Verordnung wegen der Presse vom 1. Juni d. J. die nachstehende Resolution ohne Debatte angenommen:

„Die Versammlung der Wahlmänner und Urwähler des ersten Berliner Wahlbezirks erklärt als ihre Überzeugung: I. In Erwägung, daß nach Artikel 63 der Verfassung in Abwesenheit des Landtages Verordnungen mit Gesetzeskraft nur dann erlassen werden können, a. wenn die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit oder die Beseitigung eines ungewöhnlichen Notstandes es dringend erfordert, b. unter Verantwortlichkeit des gesamten Staatsministeriums, c. insoweit sie der Verfassung nicht widersprechen; — II. in Erwägung, daß diese Bedingungen bei der am 1. Juni 1863 erlassenen Verordnung, betreffend das Verbote von Zeitungen und Zeitschriften, nicht zutreffen, da a. seit dem am 27. Mai erfolgten Schluß des Landtages weder die öffentliche Sicherheit gefährdet worden, noch ein ungewöhnlicher Notstand eingetreten ist, da b. ein Ministerverantwortlichkeits-Gesetz nicht existiert, da c. nach Art. 27 der Verfassung Beschränkungen der Presselfreiheit nur im Wege der Gesetzgebung erfolgen dürfen, eine solche Verordnung aber für ein Gesetz nicht anzusehen ist; —

daß die unter Gegenzeichnung des gesamten Staatsministeriums unter dem 1. Juni 1863 erlassene Verordnung, betreffend das Verbote von Zeitungen und Zeitschriften, mit den Artikeln 63 und 27 der Verfassung im Widerspruch steht.“

Die „Kreuztg.“ bemerkte hierzu: „Wer wird, wenn er die hier zusammengestellten Nachrichten überblickt, daran zweifeln, daß diesem gleichzeitigen Auftreten der Presse und dem der demokratischen Stadtverordneten und der unbefugten Wahlmänner-Versammlungen eine Verabredung zum Grunde liegt?“

Aber gerade um deshalb wird die Regierung sich ja um so mehr veranlaßt sehen, nach allen Seiten hin gleichzeitig die Autorität des königlichen Regiments zu wahren. Man kann sich doch oben so wenig darüber täuschen, wie es unten der Fall ist, daß die jetzige Haltung entscheidend ist.“

[Drohbrief.] Herr v. Bismarck hat, wie der „Publizist“ meldet, einen mit rother Tinte geschriebenen Drohbrief aus Breslau erhalten, und zwar mit der Unterschrift: „Die Gesellschaft der Anti-Bismarckianer zu Breslau“.

[Graf v. Oriolla.] Aus Görlitz ist heute Früh die Mel- dung hier eingegangen, daß der bisherige f. Gesandte im Haag, Graf v. Oriolla, welcher bekanntlich in Irland verfallen war, in der Heil-

Anstalt zu Görlitz gestern Früh, als er eben den Kaffee getrunken hatte, plötzlich am Schlagflüsse verstorben ist. Wegen dieses Todesfalls hat die Palastdame Gräfin v. Oriolla, die heute aus Breslau erwartet wurde, um ihre Funktionen bei der Königin-Augusta wieder zu übernehmen, einen mehrwöchentlichen Urlaub erhalten. Der verstorbene Gesandte ist bekanntlich ein Bruder des erst vor einigen Monaten begrabenen Generals Grafen v. Oriolla. (V. B.-Z.)

Über die Art, wie man die gute Presse organisieren will, giebt folgendes Altersstück hinlängliche Auskunft:

Die königl. preußische Regierung zu Gumbinnen an die Landräthe des Bezirks. Der Herr Minister des Innern macht in einer vertraulichen Circulareinführung vom 9. Februar d. J. darauf aufmerksam, wie notwendig es in jüngerer Zeit ist, der fortschreitenden Freiheit und Verfolgung der öffentlichen Meinung seitens der demokratischen Presse durch Gründung und Förderung von Blättern einer gesunden conservativen Richtung zu begegnen und wie dies Ziel nur dann erreicht werden kann, wenn dazu alle conservativen Kreise selbstthätig und in kräftiger Vereinigung mitwirken, und in diesem Strebe durch alle Organe der Staatsregierung mit allen zu Gebot stehenden Mitteln gefordert werden. Der Herr Minister nimmt an, daß in den verschiedenen Kreisen des Bezirks „Männer von patriotischer Gesinnung“ in genügender Zahl vorhanden sind, welche die Verpflichtung annehmen und durch ihre Verhältnisse in der Lage sind, sich der Gründung und Unterstützung conservativer Blätter erfolgreich zu unterziehen, und sieht es als Aufgabe der Regierung an, diesen Männern in jeder Beziehung fördernd und erleichternd zur Seite zu stehen. Der Herr Minister hält zunächst an, daß Blätter, deren Verbreitung theilweise auf Zuwendung der amtlichen Bekanntmachungen beruht, diese Stellung zu einer feindlichen Einmischung gegen die Staatsregierung missbrauchen, und es soll auf Abänderung solcher Verhältnisse durch Ablösung der bisherigen Verträge, Verbindung mit anderen conservativen Blättern oder Bildung neuer Kreisblätter, ebenso für mehrere Kreise zusammen, gewirkt werden. Es soll demnächst den Kreisblättern, so weit es nicht schon jetzt der Fall ist, wenn irgend möglich, ein kurzer politischer Inhalt gegeben werden, um den Lesern die nothwendige Uebersicht über die Lage der inneren Landesverhältnisse und eine gebräuchliche Uebersicht der wichtigsten Weltereignisse darzubieten. Von der Benutzung der Kreisblätter zu diesem Zwecke soll jedoch in den Fällen Abstand genommen werden, wo dieselben bisher nur Bekanntmachungen enthalten haben, und wo gleichzeitig ihre Schaltung wesentlich auf Zuwendung solcher Kreisstände beruht, deren Geneigtheit für eine Veränderung in oben angegebenem Sinne nicht vorauszusehen ist, bei denen vielmehr zu befürchten ist, daß darüber Spaltungen innerhalb des Kreistages entstehen. Für solche Fälle soll das Kreisblatt in der bisherigen Weise fort erhalten und die Benutzung oder Gründung eines andern Blattes für die erwähnten Zwecke im Auge gesetzt werden. Da die Beschaffung geeigneter Redactoren für kleinere politische Blätter meistens große Schwierigkeiten darbietet, so beabsichtigt der Herr Minister, für eine Einrichtung Sorge zu tragen, durch welche der bezügliche Stoff, so weit er für alle Theile der Monarchie gleichmäßig benötigt werden kann (kurze belehrende Aufsätze, Uebersicht der Tages- Ereignisse und öffentlichen Verhandlungen, so wie sonstige Notizen von allgemeinem Interesse) in Berlin in geeigneter Weise bearbeitet und allwöchentlich auf den Raum eines gedruckten Quartblattes denjenigen Blättern, für die es gewünscht wird, zur Aufnahme augezogen werden soll. Der Herr Minister hält es auch ausführbar, die Kosten solcher Blätter erheblich zu vermindern, also die Begründung der selben sich erleichtern. Der Herr Minister hofft, daß nach diesen Andeutungen auch in diesem Regierungsbezirk etwas für „Verbesserung der Presse“ geschiehen werde, und die gegenwärtige Mittheilung, die den Zweck, mich mit Ew. ic. darüber in Verbindung zu setzen, was hier unter den obwaltenden schwierigen Verhältnissen zu thun sein möchte? zunächst ist nach meiner Kenntnis von den Ansichten der hiesigen Kreisstände und nach der Einrichtung unserer Kreisblätter, welche sämmtlich von den Herren Landräthen selbst regiert, und neben einigen Annonsen nur zu amtlichen Bekanntmachungen benutzt werden, von einer Umgestaltung dieser Kreisblätter in solche mit politischem Inhalt wohl ganz abzusehen; es dürfte nach den Erfahrungen, welche bei Gelegenheit einzelner Bekanntmachungen politischen Inhalts durch jene Blätter bisher gemacht worden sind, wohl feststehen, daß solche Umänderung auf unterschieden Widerstreit in den Kreisverammlungen stößen, und das Eingehen der aus den Mitteln des Kreises gegründeten Blätter zum Nachteil des Dienstes zur Folge haben würde. Sollte ich mit dieser Annahme hinsichtlich des Ihrer Verwaltung untergebenen Kreises in Irrthum sein, so bitte ich um baldige Verichtigung meiner Ansicht und um Bericht darüber, wie Sie glauben, der Absicht des Herrn Ministers durch Umgestaltung des Kreisblattes sofort begegnet werden kann. Die Localredactionen hätten, abgesehen von den Bekanntmachungen und Annonsen, dann nur für die Mittheilungen von provinziellem und lokalem Interesse zu sorgen, und es würden sich dadurch die Kosten solcher Blätter erheblich vermindern, also die Begründung der selben sich erleichtern. Der Herr Minister hofft, daß nach diesen Andeutungen auch in diesem Regierungsbezirk etwas für „Verbesserung der Presse“ geschiehen werde, und die gegenwärtige Mittheilung, die den Zweck, mich mit Ew. ic. darüber in Verbindung zu setzen, was hier unter den obwaltenden schwierigen Verhältnissen zu thun sein möchte? zunächst ist nach meiner Kenntnis von den Ansichten der hiesigen Kreisstände und nach der Einrichtung unserer Kreisblätter, welche sämmtlich von den Herren Landräthen selbst regiert, und neben einigen Annonsen nur zu amtlichen Bekanntmachungen benutzt werden, von einer Umgestaltung dieser Kreisblätter in solche mit politischem Inhalt wohl ganz abzusehen; es dürfte nach den Erfahrungen, welche bei Gelegenheit einzelner Bekanntmachungen politischen Inhalts durch jene Blätter bisher gemacht worden sind, wohl feststehen, daß solche Umänderung auf unterschieden Widerstreit in den Kreisverammlungen stößen, und das Eingehen der aus den Mitteln des Kreises gegründeten Blätter zum Nachteil des Dien

**Bonn.** 3. Juni. [Das Fest zu Ehren der Abgeordneten] fand gestern unter sehr zahlreicher Beteiligung von Wahlmännern und Urwählern im Ermekeil'schen Garten statt. Nachdem die Abgeordneten v. Sybel, v. Bunsen und v. Pross-Ernich von Prof. Jahn begrüßt worden und die Abgeordneten ihren Dank dargebracht und über die vergangene Session und die augenblickliche Lage gesprochen hatten, forderte Professor Gildemeister zur Unterzeichnung folgender Adresse an das Haus der Abgeordneten auf:

„Dem hohen Hause der Abgeordneten sprechen die unterzeichneten Wahlmänner und Urwähler des Kreises Bonn-Auebach ihren tiefen und lauten Dank aus für den manhaften Mut, mit welchem es die Vertheidigung seiner verfassungsmäßigen Befugnisse geführt hat. Das Haus bat mit Gewissenhaftigkeit und Mässigung seine schweren Pflichten erfüllt; seine Schuld ist es nicht, daß die berathenen vom Lande erlebten und von der Verfassung geforderten Gesetze nicht zu Stande gekommen sind, und seine Schuld wird es nicht sein, wenn eine unmittelbare, mit zweifelhaftem Recht begonnene Entwicklung mit auswärtigen Mächten die im Flecke langer Friedensjahre errungene Wohlart des Vaterlandes in Frage stellen sollte. Möge das hohe Haus sich versichern halten, daß die Wähler Breubens zu ihm stehen und in der Stunde der Entscheidung ihre stützende Überzeugung nicht verleugnen werden. Bonn, 2. Juni 1863.“

Die Adresse ward sofort unterzeichnet und wird in der Bürgerschaft noch weiter circuliren. Auch wurde ein telegraphischer Gruß an die Präsidenten Grabow und v. Voigts beschlossen.

**Kemagen.** 29. Mai. [Zur Begrüßung unseres Abgeordneten] Director Bresgen hatte sich gestern eine ziemlich bedeutende Anzahl von Wahlmännern und Urwählern auf dem Bahnhofe versammelt und den Heimkehrenden mit stürmischen Hochs begrüßt. In dessen Begleitung erkannte man noch die Abgeordneten Raffaux für Koblenz und Kreuz für Olpe.

### Frankreich.

\* **Paris.** 3. Juni. [Nachtrag zu den Wahlresultaten.] Die vollständige Liste, welche der „Moniteur“ heute von den Députirten-Wahlen giebt, bestätigt, daß die Opposition wie in Paris acht, so in den Departements zehn ihrer Kandidaten durchgebracht hat, nämlich Marie, Berryer, Lanjuinais, Glaïs Vigoin, Pierrot Leroy, Hénon, Dorian, Plichon, Lambrecht (Nord-) und Havin (Manche-Departement). In sechs Wahlen haben die Regierungs-Kandidaten „nicht officiellen“ Bewerbern zurückstehen müssen; ballotirt werden muß in sieben Fällen, so im sechsten Bezirk von Paris, wo Guérout höchst wahrscheinlich siegen wird. Der brillanteste Sieg eines Regierungs-Kandidaten ist der des Herrn A. Fould, der in den Hautes Pyrenees von 30,553 Stimmen 30,523 für sich hatte. Granier de Cassagnac ist im Gers-Departement mit 15,796 Stimmen gewählt worden. Im Nord-Departement ist Kolb-Bernard nicht als Regierungs-Kandidat, sondern als „der Regierung angenehm (agréé)“ — nur ihm giebt der „Moniteur“ diese Bezeichnung — gewählt worden. — Die Sprache der oppositionellen Blätter ist eine sehr gemäßigte. Überhaupt ist die Ruhe der feuerhaften Aufregung der letzten Tage schnell gefolgt. Es scheint, daß die Opposition ihrem Sieg nicht mißbrauchen will. Bemerkenswert ist wieder ein Artikel der „France“, worin dieselbe den Gedanken ausspricht, „daß der Kaiser, der die öffentliche Meinung nie unberücksichtigt läßt, die große Majorität, die er in den Departements gehabt, dazu benutzen werde, um das zu beschließen, was unter den gegenwärtigen Umständen beschlossen werden müsse.“

### Nußland.

**St. Petersburg.** 1. Juni. [Auch in Russland rückt die Presse alles Unheil an.] Das „Journal de St. Petersburg“ vom 31. Mai enthält einen Artikel, der zunächst gegen die „Patrie“ und die „Morning Post“, im Ganzen aber gegen die gesamte Presse Europa's gerichtet ist, welche für die rebellischen Polen gegen das russische Regiment Partei ergriffen habe und so nur der revolutionären Partei diene, die alle antisocialen Elemente, alle politische Feindschaft gegen Russland aufzuheben suchte, lüge und verleumde, alle Greuelthaten der Rebellen mit einem Glorienschein umgebe und Russland bis in den Grund der Hölle verschwärze. Zum Schluss heißt es dann: „Ja, wir sagen es aus tiefster Überzeugung: die Zeitungsschreiber, die von ihrem Zimmer ruhig und mit kalten Blute die Zwicktricht und den Hass anblasen, die Leidenschaften entflammen und die Volker gegen einander bewaffnen, sind die Schmach und Geißel unseres Jahrhunderts. Sie schänden die Presse, deren Aufgabe es ist, aufzuklären und zu beruhigen. Wenn es Gerechtigkeit in dieser Welt giebt, so komme das Blut, das durch ihre Schuld vergossen wird, über sie!“ (Ob die Redacteure des „Journal de St. Petersburg“ keine Zeitungsschreiber sind?)

### Unruhen in Polen.

**Vom Goplosee.** 3. Juni. Seit dem Gefechte von Ignacewo, wo die Taczanowskischen Scharen sich nach verschiedenen Richtungen und unter verschiedenen Unterführern aufgelöst hatten, herrschte im polnischen Kaschau ein ziemliche Ruhe; viele der anständigeren Aufständischen hatten sich während der Pfingstfeiertage auf befreundeten Gutshöfen zur Erholung von den ungewohnten Strapazen aufgehalten und harren des Verlaufes der Dinge und besonders des Eintreffens von Munitionsvorräthen. An letzteren nämlich beginnt es recht empfindlich zu mangeln: Gewehre besitzen die Aufständischen, wie es scheint, in hinreichender Zahl, aber Pulver und Blei ist für sie ein pium desiderium. Dies dürfte auch der Grund sein, weshalb Gallier, der, wie es heißt, von der polnischen National-Regierung neuerdings zum Obersten und Commandirenden der hiesigen Grenzdörfer ernannt worden, die einzelnen Insurgierten, so wie die kleineren Truppen zu einem größeren, schlagfertigen Corps noch nicht gesammelt hat. Einer Concentration stand und steht russischerseits nichts entgegen; die nächsten russischen Truppen kantonieren in Szczecin, Konin, Wroclaw in zuschauender, abwartender Ruhe und schicken höchstens die in den Grenzregionen sehr gut orientirten Grenzoldaten auf Reconnoisungen aus. Zwischen letzteren, etwa 50 Mann stark, und 150 Insurgierten kam es heute Nacht in dem nur ½ Meile von der preußischen Grenze entfernten Dorfe Plawki zu einem Gefechte. Man erzählt sich, daß die Insurgierten Waffen und Munition heute Nacht durch Schmuggler von preußischer Seite erhalten sollten; daß die Grenzoldaten davon gewußt, ist unwahrscheinlich; denn sie überließen sich, ohne Posten auszustellen und Patrouillen auszuschicken, in Plawki ruhig dem Schlafe, der Morgens gegen 2 Uhr auf eine nicht sehr zarte Weise von den Insurgierten unterbrochen wurde. Ein Trupp von 20 Grenzoldaten wurde zwischen Glenboke und Chelmce auf preußisches Gebiet gedrängt und in letzterem Orte einquartiert, auch ein Schwerverwundeter als bald preußischerseits nach dem inowraclawer Militärlazarett befördert. Die übrigen 30 Grenzoldaten wurden zerstreut und war über ihren Verbleib von den Übergetretenen nichts zu erfahren. Der unvermeidliche eine russische Todsüchte figurirt natürlich auch in diesem Scharmszel, welches — ein charakteristisches Zeichen der bauerlichen Gestaltung — in dem Dorfe Plawki geliefert ward, dessen Bewohner — meist Bauernwirte — mit Sac und Pack gleich im Beginne des Gefechtes flüchteten. Über den Verlust der Insurgierten, die demnächst sich nach Piotrkow, dem nächsten Grenzstädtchen, zurückzogen, habe ich nichts erfahren können. (Pos. 3)

**Kalisch.** 3. Juni. Heute rückte ein neues Regiment russischer Husaren hier ein und erwartet man noch außerdem eine Versetzung an Artillerie. Erstere kamen aus Konin und haben nur in Folge der vielen Insurgentencorps, welche sich seit kurzer Zeit um unsere Stadt gebildet haben, letzteren Ort verlassen. Gegenwärtig haben wir eine russische Besatzung von mindestens 4000 Mann. — Noch immer werden verwundete Russen aus dem jüngst stattgefundenen Gefecht in der Gegend von Blizanow und Jurantow hierher gebracht.

Gestern wurden ca. 40 Insurgente, welche längere Zeit hier verhaftet waren, als preußische Unterthanen legitimirt, zurück nach Preußen und zwar vor der Hand nach Ostrowo, abgeführt; der größere Theil gehörte den gebildeteren Ständen an, darunter viele Studenten und Gymnasiasten. — Eine russische Kosaken-Patrouille, welche in unserer Gegend umherstreifte, soll einen rubigen Spaziergänger erschossen haben, dieselben befanden sich insgesamt im trunkenen Zustande. — Heute starb der Sohn des Rittergutsbesitzers v. Pulawski, auch einer der angesehensten Edelleute Polens, an nicht weniger als 13 Stichwunden, welche ihm auf der eigenen Festung seines Vaters, ohne jeden Grund, von den Russen beigebracht worden waren.

\* [Ueber den Besuch der Russen in Pleschen] giebt die „Posener Zeit.“ folgenden Bericht, der von sich behauptet: daß er das Sachverhaltnis genau und richtig darstelle. Der Bericht lautet:

„Nach dem am 30. bis 31. v. Mts. stattgehabten Gefecht bei Chodz, traf der russische General v. Raden mit dem in Pleschen kommandirenden preußischen Offizier zusammen und teilte dem Letzteren mit, daß seiner Truppen die Lebensmittel mangelten, da in Chodz und Umgegend auch nicht das Geringste zu erhalten sei. Er stellte zugleich die Bitte, daß die Genehmigung zur Beförderung von Lebensmitteln nach der Grenze gegeben werden möchte, woselbst solche gegen baare Zahlung in Empfang genommen werden sollten. — Während dieser Unterhaltung war ein russisches Detachement, bestehend aus 2 Offizieren und 16 Mann mit 2 Wagen, ohne jede Ermächtigung in Pleschen angelangt, um daselbst Lebensmittel einzukaufen. Als der preußische Militärbefehlshaber hiervon Kenntniß erhielt, ließ er die widerrechtlich über die Grenze gekommenen Russen auffordern, die Stadt sofort zu verlassen und wurden dieselben hierauf durch ein diesseitiges Detachement bis an die Grenze eskortirt.“

**Breslau.** 6. Juni. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Karlsplatz Nr. 5 drei Stück Mannschenken; Karlsplatz Nr. 3 zwölf Stück messingne Häähne; Karlstraße Nr. 44 ein schwarzer Luchrod, ein Paar weiß und rot melierte und ein Paar schwarz und blau gestreifte Hosen; an der Kreuzkirche Nr. 10 ein schwarzer Luchrod mit breiter schwarzer Schnur eingesetzt; von dem Verdeck einer Drosche, während der Fahrt von Breslau nach Oels, ein Koffer, enthalten einen schwärzenden Frauenrock, einen grün und schwarz gemusterten seidenen Frauenrock, ein schwarzleidenes Kleid mit weißen Punkten, ein glattes grauwollenes Kleid unten Garnitur, ein braun und grau klein farriertes Barettelock, ein lila Kattunkrock, ein gesticktes schwarzes Thibettuch mit breiter Spize befestigt, ein Shawltuch mit weissem Spiegel, ein schwarzer Moire-Unterrock, ein glatter und ein weißer gestickter Unterrock, acht Mädchkleider und zwei Alben mit Bildern. (Pol.-Bl.)

\* **Muskaу.** 4. Juni. Se. Durchlaucht der Fürst Pückler-Muskau ist gestern von Schloß Branitz hier eingetroffen und wird dem Vernehmen nach hier die Bäder benutzen.

**Görlitz.** 4. Juni. In der heutigen Sitzung des Gartenbauvereins für die Oberlausitz wurde unter mehreren geschäftlichen Mittheilungen auch ein Brief des Hrn. Prof. Koch in Berlin vorgelesen, aus dem hervorgeht, daß die diesjährige große deutsche Ausstellung immer größere Dimensionen annimmt. Mit Ausnahme Nieder-Oesterreichs haben bis jetzt alle deutschen Länder zugelegt, sich sowohl durch Deputirte als auch durch Sammlungen bei der Ausstellung vertreten zu lassen. Von Holland, Belgien, Frankreich, der Schweiz sind ebenfalls Zusagen eingegangen. (Niedersch. B.)

### Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grad. 

Baz.	Luft-	Wind-	Wetter,
Ranometer.	Temperatur.	richtung und Stärke.	

Breslau, 5. Juni 10 U. Ab. | 330,82 | +9.8 | W. 1. | Ueberwölft.

6. Juni 6 U. Morg. | 330,92 | +8.0 | W. 1. | Heiter.

Breslau, 6. Juni. [Wasserstand.] D. P. 14 J. 1 B. U. P. 1 J. — 3.

Das 15. Stück der Gesetzesammlung, welches heute ausgegeben wird, enthält unter Nr. 5705 den Freundschafts-, Handels- und Schiffsvertrag zwischen den Staaten des deutschen Zoll- und Handelsvereins, den Großherzogthümern Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz, so wie den Hansestädten Lübeck, Bremen und Hamburg einerseits und China andererseits. Vom 2. Septbr. 1861; unter Nr. 5706 den allerhöchsten Erlass vom 13. April 1863, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte in Bezug auf den Bau und die Unterhaltung einer Kreis-Chaussee von Schrödau über Santomyšl bis zur schmier Kreisgrenze in der Richtung auf Schrimm; unter Nr. 5707 den allerhöchsten Erlass vom 20. April 1863, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte in Bezug auf den Bau und die Unterhaltung der Kreis-Chaussee: 1) von der Kreisstadt Marggrabowa über Dullen, Dölliven, Duncylen, Wessolowen nach der lyder Kreisgrenze in der Richtung auf Widminnen, 2) von Duncylen (an der Chaussee ad 1) über Chelchen, Griesen, Diebowen, Cydne, Sotolken, Wennjowen, Gubin bis zur insterbürger-lyder Staats-Chaussee bei Kowahlen, und 3) von Wielkien an der projectirten marggrabowa-cymochener Staats-Chaussee über Neumühl, Nordenthal, Kleszycen, Czarnen, Bronaken, Guttin nach der lyder Kreisgrenze in der Richtung auf Kallinowen, an den Kreis Olego, im Regierungsbezirk Gumbinnen; und unter Nr. 5708 das Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Obligationen des olsztoer Kreises im Betrage von 62,000 Thlr. Vom 20. April 1863.

### Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

**Paris.** 5. Juni. Nachm. 3 Uhr. Die Börse war ohne alle Bewegung. Die Rente beginnt zu 69, 60, fällt auf 69, 55 und schließt träge und geschäftlos zu diesem Course. Consols von Mittags 12 Uhr waren 92% eingetroffen. — Schluss-Course: 3pro. Rente 69, 55. Ital. 5pro. Rente 73, 25. Ital. neueste Anleihe 74, 05. 3pro. Spanier — 1pro. Spanier — 1esterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 467, 50. Credit-mobilier-Aktien 1305 coup. dét. Lomb. Eisenbahn-Aktien 572, 50.

**London.** 5. Juni. Nachm. 3 Uhr. Türkische Consols 51. Consols 92. Ipro. Spanier 48%. Mexikaner 34%. 5pro. Russen 93. Neue Russen 92%. Sardinier 85.

Hamburg 3 Monat 13 Mt. 7 1/2 Sch., Wien 11 Jl. 35 Kr.

Nach dem neuesten Bankausweis beträgt der Noten-Umlauf 20,468,365, der Metallvorrath 14,425,553 Pfd. St.

**Wien.** 5. Juni Mitt. 12 Uhr 30 M. Bei fester Stimmung stilles Geschäft. 3pro. Metall. 75, 80. 4 1/2 pro. Met. 68, — 1854er Loose 94, 75. Bank-Aktien 790, — Nordbahn 164, 60. Nat-Anleihe 80, 80. Creditalitten 192, 10. Staats-Eisenb.-Aktien 203, 50. London 111, — Hamburg 83, — Paris 44, — Gold — Silber — Böhmisches Eisenbahn 250, — Neue Loose 134, 80. 1860er Loose 97, 65

**Frankfurt a. M.** 5. Juni, 11 Uhr 30 M. Günstigerer Stimmung und lebhaftes Geschäft in österreichischen Effekten. Böhm. Westbahn 72%. Finn. Anleihe 89. — Schluss-Course: Ludwigshafen-Berbach 14 1/2%. Wiener Börsel 105%. Darmstädter Bankalitten 240%. Darmst. Bettelbank 255%. 3pro. Metall. 66 1/2. 4 1/2 pro. Metall. 60%. 1854er Loose 84%. Österreich National-Anleihe 71%. Österr. Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 222. Österr. Bank-Anleihe 835. Österr. Credit-Aktien 203. Neueste österr. Anleihe 88%. Österreich. Elisabet-Wagn 131. Rhein-Nahe-Wagn 33%. Mainz-Ludwigshafen Litt. A. 127.

**Hamburg.** 5. Juni. Nachmitt. 2 Uhr 30 Minuten. Bei geringem Geschäft fest. Finnlandische Anleihe 89. — Schluss-Course: National-Anleihe 72. Österreich Credit-Aktien 85%. Vereinsbank 103%. Norddeutsche Bank 105%. Rheinhöhe 101. Nordbahn 64. Disconto 3 1/2% sehr knapp. Wien 85, 50. Petersburg 32.

**Hamburg.** 5. Juni. [Getreidemarkt.] Weizen loco fest, jedoch ruhig, ab auswärts still. Roggen loco sehr fest, ab Danzig Sept.-Ost. 75—76.

ab Petersburg 116—117 Pfd. 70 Thlr. pr. August bezahlt. Del. pr. Oktober 29 1/2—29%. Kaffee 4500 Sac Portorico 8 1/2—9%, 2000 Sac Rio Santos loco, 4300 Sac schwimmend Santos verlaufen. Bink loco 2000 Ctr. zu 11 Mt. 7 Sch. verkauft.

**Liverpool.** 5. Juni. [Baumwolle.] 5000 Ballen Umsatz. — Preise gegen gestern unverändert. Wochenumsatz 33,992 Ballen. Middleton 22%, Upland 21%.

**London.** 5. Juni. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen beschränkt, Frühjahrsgetreide behauptet — Rogen.

**Amsterdam.** 5. Juni. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen stille, unverändert. Roggen loco unverändert stille, pr. Herbst etwas besser, übrige Termine flau. Rogen Herbst 76. Rübbel Herbst 43%.

**Berlin.** 5. Juni. Der Charakter des Geschäfts hatte sich gegen gestern nicht verändert, die Börse ist in nicht ungünstigerer Stimmung und bei denselben Geschäftslösigkeit fast dieselbe geblieben. Bei dem geringen Geschäftsumfang kann von Bewegung keine Rede sein, der Coursstand blieb im Ganzen eben kaum behauptet. Österreichische Effecten hatten zwar eher eine etwas festere Haltung, dagegen waren Eisenbahnactien eher unbeliebt als gestern, und namentlich die schlesischen Dörfern, von denen man gestern eine etwas belebtere Haltung hatten, hielten sich bei merklich matteren Zinsen und nur nominell kaum auf dem gestrigen Coursstand; gleichwohl schätzte es im Übrigen den Eisenbahnactien und der Börse überhaupt nicht ganz an Festigkeit. Der Geldmarkt nimmt mit der Annäherung des Wallmarktes an Straßheit zu, unter 3 1/2% waren heute erste Disconten nicht zu lassen. (B. u. H. B.)

### Berliner Börse vom 5. Juni 1863.

#### Fonds- und Gold-Course.

Frei. Staats-Anl.	1/4	101 1/2	bz.
Staats-Anl. von 1859	5	105 1/2	bz.
dito 1850	52	95 3/4	bz.
dito 1854	101 1/2	bz.	
dito 1855	101 1/2	bz.	
dito 1856	101 1/2	bz.	
dito 1857	101 1/2	bz.	
dito 1858	101 1/2	bz.	
dito 1859	101 1/2	bz.	
dito 1860	98 3/4	bz.	
Staats-Schuldschein	3/4	89 1/2	bz.
Präm.-Anl. v. 1855	3/2	128 1/2	bz.
Berline-Stadt-Obl.			